
Buchbesprechungen

Bericht der Kommission „Zukunftsperspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung“, erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, November 1983, ca. 200 S., kostenlos zu beziehen über: Staatsministerium, Pressestelle der Landesregierung, Richard-Wagner-Str. 15, 7000 Stuttgart

Die Härte der Auseinandersetzung um die 3 5-Stunden-Woche hat nicht nur die Öffentlichkeit erstaunt. Auch so mancher Gewerkschafter fragte sich, welches Pferd die Arbeitgeber reitet. Noch immer besteht in den Gewerkschaften ein Vorstellungsdefizit darüber, was es für die Strukturen der Arbeitsbeziehungen und des Sozialstaates heißt, an der Schwelle zur „Dritten industriellen Revolution“ bzw. zur „mikroelektronischen Revolution“ zu stehen.

Was die Strategie der konservativen Modernisierer - vom Schlage Lothar Späths - und sicher auch weiter Teile der Arbeitgeberverbände für den Weg in eine andere industrielle Welt anbelangt, so liegt sie auf dem Tisch. Allerdings führt sie ein beachtlich unbeachtetes Dasein.

Beachtlich und brisant ist dieser „Zukunftsbericht“ zugleich. Beachtlich, weil er von seinem ganzen Ansatz her nicht so einfach in die unbekümmerte marktwirtschaftliche Gelassenheit paßt, wie sie derzeit in der Bonner Regierung zu dominieren scheint. Hier werden Staatseingriffe, ganz massive, gefordert, um Bedrohungen der Marktwirtschaft durch die Informationstechnologien abzuwenden. Brisant ist dieser Blick in die Zukunft vor allem, weil weite Teile des Berichtes die ganzen bisherigen Rahmenbedingungen der Arbeitsbeziehungen und des Sozialstaates in Frage stellen bzw. tiefgreifende Veränderungsvorschläge unterbreiten, für das, was die Gewerkschaften

erreicht haben. Herausgefordert werden mit dieser Zukunftsversion der konservativen Modernisierer vor allem die Gewerkschaften.

Mit der Offenlegung der Grundprämissen des Forschungsberichtes wird zugleich auch der Ursprung der Krisentheorie der Verfasser in den neo-konservativen „Unregierbarkeits-Theorien“ deutlich. Die Schwierigkeiten der Bundesrepublik sehen sie als eine „Entwicklungskrise“: „(...) unsere Probleme rühren nicht vom Versagen dieser Institutionen (gemeint sind die parlamentarischen und sozialstaatlichen Einrichtungen, Anm. d. Verf.), sondern gerade von ihren Erfolgen. Erst die Konkurrenzdemokratie macht die massenhafte Artikulation neuer politischer Forderungen möglich“ (S. 8). Diese Krisendiagnose wird angereichert mit einer fast „ultra-individualistischen Philosophie“ - vielleicht der Kern der „geistig-moralischen Wende“. Die neuen Informationstechnologien werden als die Möglichkeit gefeiert, endlich das zu erreichen, was die „offene Gesellschaft“ nie so richtig fertigbrachte: eben mit sozialstaatlichen Einrichtungen autonome Individuen zu produzieren. Der Bericht meint aber hier vor allem die Art der „Selbstverwirklichung“, die die Menschen darauf verweist, was sie sich am Markt besorgen können.

Gegliedert ist der umfangreiche Bericht in drei große Teile: Gesellschaft, Wirtschaftspolitik und Arbeitswelt. Auf dem Hintergrund der Grundprämissen wird dann alles analysiert und durchforstet. Die ganze Entwicklung der Alltagskultur, des Wertewandels, der Lebensstile, der staatlichen Versorgungsleistungen bis hin zu den Mikrostrukturen der Arbeitsbeziehungen. Neue Technologien werden das Mittel, um die auf all diesen Gebieten bereits beobachtbaren Trends zu mehr Individualisierung und

Differenzierung zu vollstrecken: Auflösung großer, homogener sozialer Gruppen — wie etwa der Arbeitnehmerschaft - durch „Pluralisierung der Lebensstile“, Erosion einheitlicher kollektiver Interessenvertretungsorgane, hin zu flexiblen, unterschiedlichen Lösungen mit kleinen Gruppen, Auflösung des einheitlichen kollektiven Arbeitsrechtes usw. usf. Begriffe wie „Individualität“, „Flexibilisierung“, ja sogar „Selbstverwirklichung“ werden zum Programm erhoben, zu ambivalenten Kampfbegriffen der konservativen Modernisierer.

Dennoch, es wäre fahrlässig, darüber hinwegzugehen und zu meinen, es handle sich hier nur um Sonntagsreden zur „geistig-moralischen Wende“. Im Gegenteil: Auf dem Hintergrund der technischen Möglichkeiten der neuen Technologien und der gesellschaftlichen Konstellationen wird sehr genau und konkret analysiert, wie diese Möglichkeiten in bezug auf die Arbeitsentgelte, Sozialleistungen, Arbeitszeit, Arbeitsorganisation und -Struktur zu mehr „Individualisierung“ und „Flexibilisierung“ genutzt werden können. Ein ganzes Programm nebst den zugehörigen Strategien zur Veränderung der Arbeitsbeziehungen wird hier entworfen, mit der — wenn auch vorsichtig — ausgesprochenen Zielrichtung: „(...) es besteht eine Tendenz, die als Reaktion auf frühere technische und ökonomische Bedingungen entstandenen Ordnungsmuster bei Gesetzgeber, Gewerkschaften und Arbeitgebern zu ändern“ (S. 21). Wie weit dies geht, und ob da nicht schon rechtstaatliche Positionen zugunsten von maßnahme-staatlichen Regelungen verlassen werden, soll der Leser selbst entscheiden, der sich die Teile über die Auflösung des einheitlichen Arbeitsrechtes ansieht.

Klärende Hinweise erhält man in diesem „Zukunftsbericht“ auch dahingehend, was die Aufgabe der sog. „geistig-moralischen Wende“ ist: es ist das „Akzeptanz-Problem“ von Grundwerten dieser Gesellschaft im Übergang zu einer Gesellschaft, die auf den neuen Basistechnologien beruht. Es geht darum, daß die „formierte Gesellschaft“, so

wie sie von Erhard und Müller-Armack beschrieben wurde, gerettet wird. Und hier sehen die Autoren sehr wohl eine Hauptschwierigkeit im Übergang zur „Informationsgesellschaft“: Das Tempo des technischen Fortschritts wird dort, wo er für die Arbeitswelt relevant wird, vom Engpaß der letzten, entscheidenden Innovationsphase bestimmt, der „soziokulturellen Innovation“, d. h. das größte Problem wird in der Akzeptanz der neuen Arbeitsplätze bestehen und der damit verbundenen Individualisierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Die Aufgabe der „geistig-moralischen Wende“ besteht aus der Sicht der Vordenker der konservativen Modernisierer darin, die Akzeptanzbereitschaft der Bevölkerung zu sichern - und dies mit den ambivalenten Begriffen, die eine Vergrößerung der Freiheitsgrade des einzelnen suggerieren sollen.

Genau hier könnte man aber auch Ansatzpunkte für die Gewerkschaften aus dem Bericht herauslesen. Wenn nämlich das Akzeptanz-Problem bei der Gestaltung neuer, flexibler Einkommensregelungen, Arbeitsplätze und -Organisation so groß ist, dann haben die Gewerkschaften vor Ort, in den Betrieben, die Möglichkeit, Preis und Bedingung dieser Akzeptanz mitzubestimmen. Vor allem auch deshalb, weil der Bericht in seinen bildungspolitischen Teilen immer wieder betont, daß die Qualifikationen für die Einführung und Anwendung neuer Technologien nur vor Ort erzeugt werden können. Allerdings: Die konzeptionellen Vorschläge des Berichtes sind so angelegt, daß sie die konservativen Modernisierer in die Offensive bringen sollen, indem - dem Eindruck kann man sich nicht erwehren - die Strukturen der dualen Interessenvertretung buchstäblich unterlaufen werden.

Welche Bedeutung die Autoren dem Akzeptanz- bzw. dem Legitimationsproblem im Übergang zur Informationsgesellschaft beimessen, wird an den enthaltenen Entdramatisierungsversuchen und Widersprüchlichkeiten deutlich. So wird in bezug auf die Arbeitsmarktentwicklung sehr beschwichti-

gend argumentiert, daß ein entsprechendes Wirtschaftswachstum die Probleme lösen könne. Nur, woher dieses Wirtschaftswachstum kommen soll, war für die Kommission „wesentlich schwieriger“ zu sagen. Genauso wird betont, daß die durch neue Technologien wegfallenden Arbeitsplätze eben durch andere ersetzt würden, weil dies halt erfahrungsgemäß immer so gewesen sei. Gleichwohl werden aber Spekulationen darüber angestellt, ob das Arbeitseinkommen in Zukunft noch das dominierende Familieneinkommen sein wird. Ungereimtheiten? Auch hinsichtlich anderer Problem-bereiche, wie etwa Energie und Umwelt, scheint das Akzeptanz-Problem so weit durchzuschlagen, daß man fast von Verharmlosung reden kann.

Alles in allem ein Bericht, der der Aufklärung dient, der Aufklärung darüber, wie sich die konservativen Modernisierer die Wende in die Zukunft vorstellen und dabei über die aktuelle Tagespolitik hinausdenken. Daß dies getan wird ist beachtlich, weil dies bisher nicht der Art der Konservativen entsprach. Beachtung verdient der Bericht allein schon deshalb. Zu beachten und zu beobachten wird sein, ob sich die konzeptionellen Vorschläge mit den roten Fäden decken, die sich in der Tarif- und Innovationspolitik der Unternehmer und den „Strukturreformen“ der christlich-liberalen Koalition zeigen. Dann ist dieser Zukunftsbericht nicht nur eine Herausforderung, sondern er wird gewerkschaftliche Gegen-Antworten provozieren.

Werner Wild,
Reutlingen

Lutz Niethammer, Bodo Hombach, Tilmann Fichter, Ulrich Borsdorf (Hrsg.): „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“. Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1984, 268 S., 12,80 DM

Seit einigen Jahren hat sich die deutsche Geschichtswissenschaft der Alltagsgeschichte zugewandt. In der Zwischenzeit

liegt eine stattliche Anzahl wissenschaftlicher Forschungen vor, die diesem Ansatz verpflichtet sind. Daß die Alltagsgeschichte mittlerweile in der Geschichtswissenschaft etabliert ist, hat auch der letzt-jährige Historikertag gezeigt, der sich ausgiebig mit der Funktion und dem Stellenwert dieses Forschungsansatzes befaßte. Dennoch blieb das demokratische Geschichtsverständnis, das sich darin ausdrückt, das Volk nicht mehr als Objekt von Herrschaft erscheinen zu lassen, sondern die Lebensgeschichte der vielen, ihre Erfahrungen, ihr Fühlen und Denken in den Gesichtskreis der Geschichte einzuführen, nur zur Hälfte eingelöst, weil eine fundierte Alltagsgeschichte, die nicht nur für die Wissenschaft, sondern für den Bürger geschrieben ist, noch weitgehend fehlt.

Einen überzeugenden Beitrag, diese Lücke zu schließen, leistet der von Lutz Niethammer, Bodo Hombach, Tilmann Fichter und Ulrich Borsdorf herausgegebene Band. Den Herausgebern ist es gelungen, ein außergewöhnliches Buch zu gestalten, das lebendige Geschichte für den Bürger erschließt, indem es wissenschaftliche Forschungsbeiträge anschaulich macht und in eine verständliche Sprache umsetzt.

Im Mittelpunkt des Buches steht der Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen. Seine Geschichte wird von drei thematischen Zugängen aus skizziert: Arbeit, Alltag und Demokratie sind die strukturierenden Gesichtspunkte -wobei bei dem letzteren der traditionelle enge Politikbegriff zugunsten einer umfassenden Definition überwunden wird, die die Möglichkeiten und Hemmnisse demokratischer Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen zu erfassen sucht.

In kurzen, griffigen Beiträgen werden beispielsweise die Arbeitsbedingungen im ost-westfälischen Textilgewerbe in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, die harte Arbeit der Kleinbäuerin in der Eifel des 19. Jahrhunderts, die Arbeits- und Lohnbedingungen beim Herstellen von Gußstahlrei-

fen bei Krupp, politische Traditionen in der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, die Arbeiterschaft und der Nationalsozialismus, aber auch die „Halbstarken“ der 50er Jahre und viele andere regionale oder lokale Aspekte mosaikartig dargestellt. Bilderserien über Belegschaften, über Frauenarbeit, über Nachbarschaft im Revier oder über den Lebenslauf einer Badeanstalt haben nicht die Funktion einer additiven Illustration, sondern sind plastisch und einfühlsam integriert.

Die Geschichte der Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen ist noch nicht geschrieben. Auch dieses Buch kann und will dies nicht leisten; die Herausgeber weisen selbst darauf hin, daß die Beiträge in dem Buch nur Fragmente und Gesichtspunkte eines größeren Bildes sind, das erst entstehen kann, wenn viele Leser selbst ihre Geschichte erforschen. Das Buch will also nicht nur darstellen, sondern - nach den Worten der Herausgeber - „Lust machen, die Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen“. Nützliche Hinweise dafür geben einige Beiträge am Schluß des Bandes.

Lust beim Lesen bereitet das Buch - ich bin sicher, daß es auch Lust zur Arbeit mit der Geschichte wecken wird.

Werner Miert

Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1984, 383 S., 29,80 DM

Der Sammelband geht auf eine Vorlesungsreihe zurück, die der 1983 verstorbene Historiker Erich Matthias im Rah-

men eines von ihm geleiteten Forschungsprojektes über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften an der Universität Mannheim veranstaltete. In 18 Aufsätzen stellen Historiker neuere Forschungsergebnisse zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor.

Die sich zumeist mit einer eingegrenzten Periode befassenden Aufsätze behandeln die Zeit von den Anfängen der deutschen Gewerkschaftsbewegung Mitte des vorigen Jahrhunderts bis hin zum Grundsatzzprogramm des DGB von 1981. Ein Schwerpunkt liegt bei der Darstellung der Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik. Die Autoren stützen hier ihre Ergebnisse zu einem großen Teil auf eine Auswertung der neuerdings zugänglichen „Restakten“ des ADGB bei der Historischen Kommission in Berlin. Dabei ist insbesondere ihre Darstellung der Diskussion im ADGB von großem Interesse.

Die Mehrheit der Aufsätze befaßt sich mit der Entwicklung der freien Gewerkschaften; der chronologische Zugang wird durch drei Aufsätze über die organisatorische und programmatische Entwicklung der christlichen und liberalen Gewerkschaften sowie über die kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Endphase der Weimarer Republik ergänzt.

Bei den Aufsätzen handelt es sich dabei durchweg um Themen, die die Autoren auch schon an anderer Stelle - oftmals ausführlicher und zum Teil unter anderer Akzentuierung - behandelt haben. Dies ist nicht unbedingt von Nachteil; die Zusammenfassung einer Vielzahl pointierter Darstellungen an einem Ort stellt für den interessierten Leser sicherlich eine Bereicherung dar.

Werner Miert